

Korntal-Münchingen, den 20. Februar 2026

Reform ohne Maß?

Wer sichere Straßen will, sollte die Arbeit der Fahrschulen wertschätzen

Die systemverändernden Vorschläge der Bundesregierung zur Reform des Führerscheinerwerbs hinterlassen bei vielen Kolleginnen und Kollegen den bitteren Geschmack der Geringschätzung ihrer Arbeit. Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer leisten einen zentralen Beitrag zur Verkehrssicherheit und zur sicheren individuellen Mobilität junger Menschen. Im Unterricht der Fahrschule wird ihnen nicht nur das regelgerechte Führen eines Kraftfahrzeugs, sondern auch die Werte der Partnerschaft, der Rücksichtnahme und des verantwortungsvollen Verhaltens im Straßenverkehr vermittelt. Die qualitätsvolle Fahrausbildung hat in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen, die Unfallzahlen in Deutschland zu senken und das Sicherheitsbewusstsein der jungen Fahrerinnen und Fahrer zu erhöhen. Das ergibt sich sehr anschaulich aus einem jüngst veröffentlichten Datenreport des TÜV-Verbandes über aktuelle Unfallstatistiken. Dieser zeigt, wie qualifizierte Ausbildung und Prüfung wirken:

Die Zahl der im Straßenverkehr getöteten 18- bis 25-Jährigen ist seit dem Jahr 2005 um 70 Prozent gesunken (von 1.072 auf 319 in 2024). Gleichzeitig ist auch die Zahl der Unfälle mit Personenschaden, bei denen 18- bis 20-jährige Pkw-Fahrer/-innen Hauptverursachende waren, seit 2010 erheblich zurückgegangen – von 25.015 auf 13.862 im Jahr 2024, was einem Rückgang von 45 Prozent entspricht.

Eine gute Fahrausbildung erfordert Zeit, pädagogische Kompetenz, kontinuierliche Fortbildung sowie moderne Fahrzeuge und Lehrmittel. Die Qualitätsstandards dürfen im Zuge von Reformen nicht geschwächt werden. Ziel einer Reform kann nur sein, die intakten Fahrschulen zu schützen und dauerhafte Rahmenbedingungen für sie zu schaffen.

Fahrschulen sind keine Preistreiber. Sie kämpfen jedoch gegen laufend steigende Kosten – so für Personal, Fahrzeuge, Kraftstoff, Energie, Versicherungen, Mieten und Digitalisierung. Und sie leiden unter überflüssigen gesetzlichen Regelungen. Um die hochwertige Ausbildung zu

erhalten, müssen deren Kosten gedeckt werden können. Eine solide Reform sollte daher nicht mit der Brechstange arbeiten, sondern auch wirtschaftlich tragfähige Strukturen berücksichtigen.

Wir sprechen uns für eine Reform aus, die Qualität, Sicherheit und Fairness gleichermaßen stärkt. Dazu gehören eine angemessene Anerkennung des Berufsstandes, praktikable gesetzliche Rahmenbedingungen und ein Bewusstsein dafür, dass gute Fahrausbildung ihren Wert und ihren Preis hat.

FAHRLEHRERVERBAND Baden-Württemberg e.V.

Jochen Klima
1. Vorsitzender

Ralf Nicolai
2. Vorsitzender

Jennifer Spazier
3. Vorsitzende

Über uns

Der Fahrlehrerverband Baden-Württemberg e. V., so die Bezeichnung seit 1976, vertritt heute rd. 1700 baden-württembergische Fahrlehrer, Fahrlehrerinnen und Fahrschulen und erreicht damit eine außerordentlich hohe Organisationsquote.

Der Verband ist auf der Grundlage der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Satzung demokratisch verfasst und organisiert. Das höchste Beschlussorgan ist die mindestens einmal im Jahr einzuberufende Mitgliederversammlung. An zweiter Stelle steht der Beirat, der von den Vorsitzenden der Kreisvereine und einem Vertreter der angestellten Fahrlehrer gebildet wird. Die Leitung des Verbands liegt in den Händen des aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstands, der alle vier Jahre von der Mitgliederversammlung zu wählen ist.

Der Fahrlehrerverband Baden-Württemberg e. V. versteht sich als ein offener, nach ethischen Grundsätzen handelnder Fachverband, der allen Kolleginnen und Kollegen – selbstständigen und angestellten – zuverlässige berufsständische Repräsentanz und Heimstatt sein will. Aus diesem Grund stellt sich der Verband Tag für Tag den mannigfaltigen Anforderungen seiner Mitglieder und den Erwartungen der Öffentlichkeit, kompromisslos für hohe Qualität der Fahrausbildung und kundenfreundlichen Service einzutreten.